

„Rekonstruktion belebt Platz nicht“

Städtische Bühnen Stabsstellenleiter Michael Guntersdorf will den Stadtverordneten fundierte Grundlagen für eine Entscheidung bieten

Bis Jahresende soll Michael Guntersdorf als Leiter der neuen Stabsstelle Zukunft der Städtischen Bühnen einen Plan vorlegen, wie lange die Plan- und Ausschreibungsphasen wohl dauern werden. Unser Mitarbeiter Enrico Santifaller sprach mit ihm.

Herr Guntersdorf, Kulturdezernentin Ina Hartwig (SPD) wurde vorgezogen, eine einsame Personalentscheidung getroffen zu haben, als Sie für Sie als Leiter der Stabsstelle Zukunft der Städtischen Bühnen offiziell ausgesprochen hätte. Aber als Chef der Dom-Römer GmbH haben Sie doch auch permanent mit anderen Magistratsmitgliedern zu tun. Haben Sie mit diesen nicht darüber gesprochen?

MICHAEL GUNTERSDORF: Frau Hartwig hat nur gefragt, ob ich Interesse hätte. Sie hat sich zuvor mit dem einen oder anderen Dezernenten darüber unterhalten. Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) hat mich ebenfalls vor Monaten angesprochen, ob ich in meinem Alter überhaupt noch was für die Stadt machen könne und möchte. Da war das Projekt noch gar nicht spezifiziert. Auch mit dem Planungsdezernenten Mike Josef (SPD) habe ich mich darüber ganz unverbindlich unterhalten.

Aber von Jan Schneider, dem CDU-Baudezernenten, wurden doch Bedenken gegen Sie laut?

GUNTERSDORF: Herr Schneider hatte ein Problem mit mir – aus verschiedenen Gründen. Die Argumente, die er hatte, konnte ich nachvollziehen, die fand ich völlig in Ordnung. Wir haben das mittlerweile geklärt. Dass ich alt bin, weiß ich selbst. Dass ich die Dom-Römer GmbH noch zu einem erfolgreichen Ende bringen muss, ist mir ein Anliegen. Wir haben da genug Probleme im Moment, und das wird auch noch eine Zeit dauern. Herr Schneider, er kommt ja aus dem Projektentwicklungsgeschäft, hat im Gespräch jemanden vorgeschlagen, der mich unterstützt. Und das habe ich sofort begrüßt. Während ich noch bei der Dom-Römer GmbH beschäftigt bin, wird mein Vertreter oder Vertreterin das Bühnen-Projekt vorantreiben.

Gibt es eine konkrete Person?

GUNTERSDORF: Das wissen wir noch nicht. Die Politik hat Ideen dazu, sie wird mit verschiedenen Personen sprechen. Und dann ist immer noch die Frage, ob die, die

angesprochen werden, auch bereit sind, ob sie das auch zeitlich sofort können. Da werden noch einige Wochen, vielleicht Monate vergehen. Und ich möchte, wenn ich in zwei oder drei Jahren das Dom-Römer-Projekt beende, dass jemand da ist, der das weiter macht. Ich bin keine 40 mehr und ich werde nicht mit dem Rollator auf die Baustelle kommen. Ich will mithelfen, das Ding auf die Schiene zu setzen. Ich möchte den Stadtverordneten eine qualifizierte Beschlussvorlage liefern. Dazu braucht es jemanden, den ich jetzt schon mitnehmen kann, der jetzt mit mir das Projekt entwickelt und es erfolgreich zu Ende bringt. Das hat mir zugegeben nernahe beim Altstadt-Projekt gefehlt: Ein Gesprächspartner, mit dem ich die täglich neuen Informationen und Probleme besprechen konnte. Das werde ich versuchen, beim neuen Projekt zu ändern.

Was kann man vom Altstadt-Projekt für das Bühnen-Vorhaben lernen?

GUNTERSDORF: Vor allem, dass es sehr sinnvoll ist, ein Projekt weitgehend durchgeplant zu haben, bevor man es realisiert. In der Altstadt hatten wir während der Bauzeit noch geplant. Es folgten viele Schwierigkeiten mit der Termin- und Kostensicherheit. Wir hatten aber gegenüber städtischen Ämtern und Behörden den Vorteil, flexibler reagieren zu können. Hätten wir das nicht gekonnt, wären wir bei einigen Problemen einfach stecken geblieben.

Was heißt das konkret?

GUNTERSDORF: Wir waren zwar nicht frei, was die Ausschreibungsregularien angeht, aber wir waren frei, auch mal spontan zu entscheiden, ein Vertragsverhältnis zu beenden – wenn wir etwa Planer oder Handwerker austauschen mussten. Das kann ein Amt, eine Behörde so nicht machen. Dass diese Flexibilität für den Erfolg der Altstadt notwendig war, das hat auch die Politik mitbekommen. Wir hatten ja im Aufsichtsrat und im Sonderausschuss reichlich Leute, die uns begleitet haben. Deshalb ist die Stadt beispielsweise ganz offen, erneut eine eigene Gesellschaft für das Bühnen-Projekt zu gründen. Aber das ist eigentlich eine Überlegung für später, wenn das Was und Wie des Projekts feststeht.

Das ist ja auch die Differenz zur Altstadt. Damals sind Sie in ein bereits beschlossenes Projekt, auch wenn es

noch in den Anfängen war, eingestiegen. Jetzt ist Ihre Aufgabe doch eher, ein neues Projekt vorzubereiten?

GUNTERSDORF: Richtig. Jetzt ist erstmal zu klären, ob es überhaupt ein Projekt wird. Die dringendste Frage ist, ob die vorhandene Substanz zu ertüchtigen ist. Insofern ist der Ansatz, den die Politik derzeit fährt, richtig: Wir stellen eine Projektgruppe auf und gucken, was überhaupt mit dem Bestandsgebäude anzufangen ist. Ob es sich lohnt, dafür Geld auszugeben oder ob das von vorneherein der falsche Weg ist, bei dem wir am Ende überhaupt nichts sparen. Das fehlt in dem 2017 vorgestellten Gutachten.

Viele Architekten sagen, wenn man die Doppelanlage anfasst, würde diese sofort zerbröseln.

GUNTERSDORF: Das ist eine Erfahrung, die man schnell macht, wenn man sich mit solchen Gebäuden beschäftigt. Genau wie die Erfahrung, dass es regelmäßig nicht billiger ist, sich mit alter Substanz herumzuschlagen. Es muss geplant werden, es muss ausgeschrieben werden, aber eigentlich weiß man gar nicht, was auf einen zukommt. Und dann können Sie keine Termine einhalten und auch keine Kosten. Nichtsdestotrotz ist ja die große Frage bei der Doppelanlage, ob wir ein Haustechnik-, ein Ertüchtigungs- oder ein grundsätzliches Problem haben.

Was meinen Sie genau?

GUNTERSDORF: Mit Letzterem meine ich Probleme der Gebäudegeometrie, der Funktionsabläufe und dergleichen mehr. Diese Fragen sind zu klären, das fordert die Politik zu Recht. Das muss so dokumentiert werden, dass die Politik eine qualifizierte Entscheidung treffen kann. Denn wir reden ja hier nicht von zehn Millionen Euro, sondern über 900 Millionen, also einen Riesensatz. Um den verantworten zu können, muss das Stadtparlament eine fundierte Basis haben. Viele Konflikte, die seit der Vorstellung des Gutachtens ausgegangen wurden, sind in der Angst vor dieser Zahl begründet. Deswegen muss die Politik, bevor sie entscheidet, wissen, über was sie redet. Eine „Hoppla, jetzt kommt ich und ich weiß wo's lang geht“-Mentalität wird bei diesem komplexen Projekt definitiv nicht funktionieren.

Ziehen Sie einen Neubau oder eine Generalsanierung der Städtischen Bühnen vor?

GUNTERSDORF: Ich persönlich habe überhaupt keine Präferenz. Wir müssen zunächst wissen, was



Michael Guntersdorf hat sich seine Meriten beim Altstadt-Projekt erworben und soll sein Wissen und Können nun in Entscheidungsgrundlagen für die Stadtverordnetenversammlung einbringen. Fotos: Michael Faust

die Substanz hergibt. Über etwas anderes rede ich derzeit nicht. Mein Ziel ist es, die Grundlagen zu schaffen und dann den Stadtverordneten einen Vorschlag zu machen: Ihr könnt es so oder so machen – mit allen Konsequenzen.

Einige der am Altstadt-Projekt beteiligten Architekten erzählten von großen Problemen mit Brand- und Schall-

schutz. Und das waren Neubauten. Ist das bei einem zusammengestückelten Bau wie dem für Oper und Schauspiel noch viel schwieriger?

GUNTERSDORF: Wir hatten weniger mit dem Schall denn mit dem Brandschutz zu kämpfen. Es gab auch viele Probleme mit Fluchtwegen in öffentlichen Gebäuden wie der „Goldenen Waage“. Ein Thema, das auch bei der Doppelanlage viel Zeit und Raum einnehmen wird, sind die neuzeitlichen energetischen Anforderungen. Anlagen müssen etwa gewaltige Luftmengen bewegen, und daraus resultieren riesige Technikzentralen – die man irgendwo unterbringen muss.

Geht das nicht auch im Bestand?

GUNTERSDORF: Ob das alles in dem Bestandsgebäude geht, muss man prüfen. Ich habe gelesen, dass sich Guntersdorf, seit 2009 Geschäftsführer der Dom-Römer GmbH, als souveräner und durchsetzungsstarker Macher des Frankfurter Altstadt-Projektes erworben. In seiner Freizeit liest der 67-Jährige viele historische Bücher, hört am liebsten Musik der Renaissance und des Frühbarock und spielt, so Niederlassungen der Allianz-Immobilien, der Frankonia

Weber. Es kann sein, dass beide Ensembles so viele Probleme mit der Altsubstanz haben, etwa der Haustechnik, dass die Erkenntnis kommt, allein mit der Modifikation der vorhandenen Substanz diese Probleme nicht lösen zu können.

Sie sind ja mit der Neuen Altstadt zum Rekonstruktionsexperten geworden. Was sagen Sie jenen, die eine Rekonstruktion befürworten?

GUNTERSDORF: Die Entscheidung trifft die Stadtverordnetenversammlung. Ich glaube aber, dass viele technische Gründe gegen eine Rekonstruktion sprechen. Ich denke nicht, dass ein Schauspielhaus von 1902 die Anforderungen an die Technik, die heute gestellt werden, 1:1 erfüllen könnte. Die Mitglieder des Kulturausschusses besichtigten ja gerade in Oslo und Kopenhagen neue Schauspielhäuser. Da gibt's auch tagsüber Angebote und Veranstaltungen, das Gebäude ist permanent belebt, nicht nur abends bei der Theatervorstellung. Eine stärkere Belegung des Theaters würde Frankfurt nutzen – auch, weil es den Willy-Brandt-Platz endlich wieder zu einem Stück Stadt machen würde. Das wäre mit einer Rekonstruktion nicht möglich.

Architekt und Sachverständiger gilt als souveräner Macher



FNP-Mitarbeiter Enrico Santifaller im Gespräch mit dem Architekten und Stadtplaner Michael Guntersdorf (rechts).

Der 1951 in Würzburg geborene Michael Guntersdorf ist eigentlich Künstler. Er hat in Frankfurt am Stadel Bildende Kunst studiert. Danach hat er ein Studium der Architektur sowie der Stadt- und Landschaftsplanung an der Kunsthochschule Kassel aufgenommen.

Von 1983 bis 1993 war Guntersdorf Projektleiter für den Neubau der Hessischen Landeszentralbank und der Dresdner Bank in Frankfurt. 1993 wechselte er zur Metallgesellschaft (MG), wo er viele Jahre Vorstandssprecher der MG Vermögensverwaltung war. Er leitete Immobilien, der Frankonia

Eurobau und der OFB Projektentwicklung. Guntersdorf ist öffentlicher Sachverständiger und vereidigter Sachverständiger sowie stellvertretender Vorsitzender des Gutachterausschusses für Immobilienwerte der Stadt Frankfurt. Großes Renommee hat sich Guntersdorf, seit 2009 Geschäftsführer der Dom-Römer GmbH, als souveräner und durchsetzungsstarker Macher des Frankfurter Altstadt-Projektes erworben. In seiner Freizeit liest der 67-Jährige viele historische Bücher, hört am liebsten Musik der Renaissance und des Frühbarock und spielt, so Niederlassungen der Allianz-Immobilien, der Frankonia

Kultusminister Lorz will über Bildungspolitik reden

Frankfurt. Hessens Kultusminister Alexander Lorz (CDU) kommt am Freitag, 14. Oktober, nach Frankfurt. Ab 17 Uhr wird er gemeinsam mit der Stadtverordneten Sabine Fischer und Bodo Pfaff-Greifenhagen

(beide CDU), Landtagskandidat für den Wahlkreis 38, über die Zukunft der Bildungspolitik diskutieren. Das Gespräch findet in der St. Bernhard-Gemeinde, Eiserne Hand 2–4, statt. red

„Jetzt heißt es kämpfen“

Landtagswahl Aus Sicht der Frankfurter CDU war der Parteitag in Offenbach erfolgreich

Die Hessen-CDU hat am Wochenende in Offenbach ihr Programm für die Landtagswahl verabschiedet. Mit dabei waren auch Delegierte aus Frankfurt.

VON JULIA LORENZ

Frankfurt/Offenbach. Egal, mit wem man aus der Frankfurter CDU am Wochenende gesprochen hat, alle reden sie von einem „erfolgreichen Parteitag“, von „einer guten Stimmung unter den Delegierten“ und „Vorfreude“ auf den beginnenden Wahlkampf. Immerhin: In sieben Wochen wird es ernst – am 28. Oktober sind Landtagswahlen.

Dazu gab es am Samstag in Offenbach einen CDU-Parteitag. Dort wurde das Wahlprogramm, ein 115-seitiges Papier, verabschiedet – unter Frankfurter Beteiligung natürlich. Neben dem Frankfurter CDU-Kreisvorsitzenden Jan Schnei-

der waren außerdem Bürgermeister Uwe Becker, Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld, der Stadtverordnetenvorsteher Stephan Siegler und viele mehr dabei.

„Wir konnten viele Änderungsanträge im Wahlprogramm platzieren“, sagte Jan Schneider hinterher. So stehe in dem Papier nun, dass sich das Land sowohl eine finan-

zielle Unterstützung vom Bund bei der Sanierung der Paulskirche als auch für die Städtischen Bühnen wünscht. Außerdem sei der Wunsch nach einer stärkeren Medienkompetenz von Lehrern sowie einer Entlastung von Schulleitern berücksichtigt worden.

„Ich stehe voll und ganz hinter dem Wahlprogramm“, sagte Ste-

phan Siegler. Und auch Jan Schneider ist zufrieden: „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Jetzt heißt es kämpfen.“ Und wie macht man das am besten? Mit dem Werben um Wählerstimmen.

Die Generalsekretärin der Bundes-CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, rief die Delegierten auf dem Parteitag in Offenbach dazu auf, Haustür-Wahlkampf zu machen. Das wollen die Frankfurter auch beherzigen, haben sie dies doch schon im vergangenen Jahr vor der Bundestagswahl gemacht. „Damit fangen wir bald an“, sagte Schneider. Noch werden die Helferteams der Kandidaten und Abgeordneten geschult. Zudem setze man auf die obligatorischen Wahlstände und prominente Unterstützer wie die Bundesminister Peter Altmaier und Julia Klöckner. Denn Uwe Becker weiß: „Am Ende kommt es auf jede Stimme an.“



Bitte lächeln: Uwe Becker (von links), Jan Schneider, Daniela Birkenfeld und der Landtagsabgeordnete Ralf-Norbert Bartelt grüßen vom CDU-Parteitag. Foto: Privat

Lebensmittel zu gut für die Tonne

Frankfurt. „Elf Millionen Tonnen Lebensmittel wandern Jahr für Jahr in Deutschland in die Tonne. Das ist angesichts des Hungers in vielen anderen Ländern kaum zu ertragen“, findet die Frankfurter SPD-Bundestagsabgeordnete Ulli Nissen. Sie ruft zur Teilnahme am Bundespreis „Zu gut für die Tonne“ auf. Mit diesem zeichnet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) bereits zum vierten Mal herausragende Projekte aus, die dazu beitragen, die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Teilnehmen können Unternehmen, Verbände, Vereine, Kommunen, Forschungseinrichtungen und Einzelpersonen. Die Gewinner werden Anfang 2019 gekürt. Bewerbungen kann sich auch, wer nur ein Konzept hat, aber die Mittel für die Umsetzung noch fehlen. Es werden zwei Förderpreise vergeben, die mit 10000 und 5000 Euro dotiert sind. Eine Jury wählt unter allen Bewerbungen die besten aus. In der Jury sind Prominente wie der Sternkoch Christian Rach oder die für ihre Haushaltstipps bekannte Yvonne Willicks. Bewerbungen kann man sich bis 31. Oktober. red

Weimar-Lektionen für Demokraten

Frankfurt. Die Diskussion um Migration und Integration verschärft sich, Rassismus tritt immer offener zutage und die AfD erhält kontinuierlich Zulauf. Was würde passieren, wenn die Arbeitslosigkeit drastisch zunähme? Ähnliches passierte in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Welche Parallelen lassen sich zur Weimarer Republik ziehen? Aus welchen Fehlern können wir lernen? Seit den 1920er Jahren wurden Ideen entwickelt, welche die Welt nach 1945 prägen sollten und die jetzt neue Aktualität beanspruchen können: die Totalitarismustheorie, das Konzept der wehrhaften Demokratie und die leitende Vorstellung von einem gezähmten Kapitalismus. Darüber spricht Jens Hacke (Universität Greifswald, Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft) am Dienstag, 18. September, um 19 Uhr im Vortragssaal der Frankfurter Sparkasse, Neue Mainzer Straße 49. red

Petitionsausschuss gibt Sprechstunde

Frankfurt. Eine Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses des Hessischen Landtags mit dem CDU-Abgeordneten Bodo Pfaff-Greifenhagen findet am Montag, 24. September, ab 14 Uhr im Rathaus Römer (Eingang Bethmannstraße 3) statt. Eine Anmeldung ist unter der Telefonnummer (0611) 35 02 29 oder per E-Mail petitionen@ltg.hessen.de bis zum 21. September erforderlich. Jeder Bürger kann sein konkretes Anliegen vortragen insofern es Bitten oder Beschwerden über Handlungen oder Unterlassungen von Behörden des Landes Hessen betrifft. Die bisher im Hessischen Landtag in Wiesbaden durchgeführten Bürgersprechstunden nutzten viele, um etwa Anfragen zu Behördenentscheidungen oder Problemen mit Sozialbehörden, Finanz- oder Bauämtern zu schildern. Auch mit aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten befasste sich der Petitionsausschuss. red

SPD: Autokonzerne müssen nachrüsten

Frankfurt. Die SPD-Römerfraktion fordert, dass die Automobilindustrie ältere Diesel-Kraftfahrzeuge kostenlos nachrüstet. „Ich hoffe sehr, dass sich die Bundesregierung nun endlich dazu entschließt, die Autohersteller zu einer kostenlosen Nachrüstung von Dieselfahrzeugen zu verpflichten. Denn die Fahrer bote treffen vor allem Menschen mit geringem Einkommen und sind keine wirkliche Lösung des Problems“, erklärt Eugen Emmerling, der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Römer. Mittelfristig möchte Emmerling aber auch den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Personennverkehr und das Rad attraktiver machen. „Wir brauchen ein ganzes Maßnahmenbündel, bei dessen Umsetzung Stadt, Region und Land an einem Strang ziehen müssen. So könnten zusätzliche Park- und Ride-Anlagen mit attraktiver ÖPNV-Anbindung mehr Menschen auf die Schiene bringen. Diese müssen dann aber nicht nur in Frankfurt, sondern in den Anrainergemeinden entstehen. Das Land Hessen könnte zudem den RMV in die Lage versetzen, günstigere Pendlertickets anzubieten.“ red

VERSTEIGERUNGEN



Im Auftrag der Firma

Grüne's Leihhäuser, Inh. Herm. Grüne KG

Filiale Frankfurt am Main, Zeil 70

versteigere ich Freitag, 14. September 2018, ab 10.00 Uhr,

Bürgerhaus Bornheim, Fm., Arnsburger Str. 24,

die nicht eingelösten Pfänder von Nr. 1.244.001 bis 1.245.500.

Besichtigung am gleichen Tage, von 8.00 – 10.00 Uhr.

Letzter Einlösetag: Montag, 10. September 2018.

Gold- und Silberschmuck sowie Gebrauchsgegenstände aller Art

www.auktionen-rueckert.de

www.leihhaus.de